

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schrägung: Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabende 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gesaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,55 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 28. Mai 1929

Nummer 121

SPD-Parteitag im Zeichen des Panzerkreuzers

Der Parteivorstand rüffelt die SPD-Jugend — Er fordert Ablehnung aller gegen den Panzerkreuzerbau gerichteten Anträge
Die sächsische „Linke“ kapituliert — Seydewitz läßt Ausschlußanträge fallen!

Die SPD-Minister werden für die 2. Rate stimmen!

(Eigener Bericht unseres nach Magdeburg entsandten Mitarbeiters)

Die Begrüßungsreden verschiedener ausländischer Vertreter leiteten die erste Sitzung des Parteitages der SPD ein. Auch in diesen Reden trat die Frage des Kampfes gegen den Kommunismus stark in den Vordergrund. Nach diesen öden reformistischen Begrüßungen gab Vogel den politischen Bericht des Parteivorstandes.

Er schildert die Wahlerfolge im Mai 1928 und erklärte als wichtigste Aufgabe der Partei, die aus den bürgerlichen Parteien herausströmenden Leute nicht abzustößeln. Biefach werde in der Partei nur das kommunistische Lager als das Hauptgefahr für die neu zu gewinnenden Mitglieder betrachtet. Die Schwierigkeiten, die sich aus der Spaltung der Arbeiterbewegung ergeben, wurden in den vergangenen Jahren unterschätzt. Trotz des verlorenen Kampfes in der KPD hatten die Kommunisten gegenüber dem Dezember 1924 noch 500 000 Stimmen bekommen. Es drückte die kommunistischen Stimmen als „politisches Verbleib aus dem extremen Rechtslager“. Es sei das „Verbleib“ der KPD, daß sie ihre Reaktion auf diese „unorganisierten und undisciplinierten Wähler“ aufgebaut habe. In Nürnberg habe eine Statistik ergeben, daß nur 23,5 Prozent der Mitglieder unter 30 Jahren sei. Das Verhältnis habe sich aber bei den Neuaufgenommenen gebessert.

Jetzt ging dann zur Frage der Sozialistischen Arbeiterjugend über und tritt

eine scharfe Attacke gegen die Opposition der Jugend,

wie die Parteientscheidungen, wie sie beim Wehrprogramm im bestimmter Weise organisiert würde. Es sei falsch, junge Menschen von 14 bis 18 Jahren politische Entscheidungen fällen zu lassen (!). Mit Schlagworten und Handaufheben können so wichtige Fragen wie das Wehrprogramm nicht gelöst werden. Das führe zur politischen Verblödung der Jugend. Es sei der Wunsch des Parteivorstandes, daß sich die einzelnen Spezialabteilungen, die die Jugend auf ihre Aufgaben beschränken und an Fragen, die sie nichts angehen, sich nicht kümmern.

Nach diesen großväterlich-reaktionären Aeußerungen gegen die jugendlichen Parteimitglieder behandelte Vogel die Fragen der Koalitionspolitik.

Die SPD sei zu stark, um sich abseits zu stellen und den anderen die Staatsgewalt auszuliefern. Wenn man bemängelt, daß die SPD ohne Programm in die Regierung gegangen sei, so frage er, welches Koalitionsprogramm sie hätten vorlegen können. „Koalitionspolitik heißt Isolation“. Jeder Beteiligte muß einige Pföde zurücklassen. Sei man dazu nicht bereit, so kann überhaupt keine Regierung zustande. Es sei falsch, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die allein opfernde Partei sei, man müsse berücksichtigen, daß die verantwortlichen Genossen ihr „Menschenmöglichstes“ getan haben, aber nur unter den denkbar ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnissen in die Regierung eingetreten seien. Wer die Regierung kritisiert, den müsse man fragen, ob er glaube, daß eine bürgerliche Regierung Besseres leisten würde, wenn auch das verunglückte Koalitionspolitik keine Begrüßung erregen könne (Zwischenruf der „Linken“), sie sei doch gegenüber einer Arbeiterregierung das kleinere Übel. Die SPD sei nach wie vor eine Klassenkampfpartei. Sei es aber immer notwendig, dies hinauszuweisen und den Klassenkampf zu proklamieren? Damit sei nichts geschaffen. Ueber die Lösung der Gewerkschaften für die Demokratisierung der Wirtschaft, die zur schrittweisen Beseitigung des Kapitalismus führen soll, sollten wir aufhören, daß in jeder Beziehung zu nörgeln. Die Errungenschaften der Sozialpolitik bedeuten eine Machtverschiebung zwischen den Klassen. Daß sich die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse geändert haben, beweise die öffentliche Unterstützung der Arbeiter bei der großen Nordwest-Ausstellung. Auf den Sprecherspruch, der die Nordwest-Arbeiter selbst um die paar Pfennige des Hungerlohns beraubt, und einen 10 bis 12 Stunden Arbeitstag bestätigt, ging Vogel natürlich nicht ein (s. d. Red.).

Zur Frage des Panzerkreuzers

Schilderte Vogel den Beschluß der Minister vom 10. August, den der Parteivorstand und der Parteiaussschuß „lebhast bedauert“ hätten. Da aber der Reichstag die Einstellung des Baues abgelehnt habe, wie könne man da behaupten, daß die Partei in der Panzerkreuzerfrage verliert habe? In der Panzerkreuzerdiskussion habe die Kameradschaftlichkeit innerhalb der Partei gefehlt. Eine parteigenössliche Korrespondenz habe eine Bildmaterie ver-

Kleider machen Leute . . .



Die Herren Minister, Excellenzen, Regierungsräte und Polizeipräsidenten werden vom Parteivorstand erucht, Grad und Zylinder abzugeben und sich auf die Dauer des Parteitages ein proletarisches Gepräge zu geben.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung beschäftigte sich mit einer Photographie von dem Sozialdemokratischen Parteitag, die den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun bei einer Rede unter freiem Himmel in Hemdsärmeln zeigt. Die Deutsche Allgemeine Zeitung findet, daß diese Photographie zu dem Bilde Otto Brauns nicht ganz paßt, denn, „sagen wir es offen — der preussische Ministerpräsident hat etwas an sich,

was es manchem beinahe schwer macht, nicht „Exzellenz“ zu ihm zu sagen.

Nun, auch wir sind der Meinung, daß der Titel „Exzellenz“ glänzend zu dem Konfordschacher Braun paßt. Aber ekelhaft ist geradezu die gemeine Populäraristokratie, die sich in der Hemdsärmelose gefällt, um die innere politische Korruption zu verdecken. . . . Pfui Teufel!

schildt, in der Hermann Müller mit einem Regenschirm auf einem Kanonenrohr steht. Diese Water trägt die Unterschrift:

„Wegen Hochwassergefahr findet der Parteitag auf dem Panzerkreuzer statt, für dessen schleunigsten Bau der Parteivorstand sorgen wird.“

Glücklicherweise habe keine Zeitung diese Water gebracht. Ein Abgeordneter hätte sogar den Ausschluß der Reichslandschere mit der Nichtauslieferung der parteigenösslichen Minister verglichen. Diese ganze Art der Diskussionsführung liefert nur Material für die Kommunisten. Was in jüngster Zeit vor sich geht, geht weit über das Maß des Erträglichen hinaus. Ob man das Populäraristokratie nennen soll oder nicht: die Augenabsehung nehmen Formen an, die an die Spaltungszeit erinnern.

Nach dieser Einschüchterung der „Linken“ lenkte Vogel wieder ein:

Man mühte sich doch gemeinsam bemühen, diese Gefahr nicht in Erscheinung treten zu lassen. Vogel erklärte dann:

Bei der zweiten Rate des Panzerkreuzers könne für die Minister nicht das gleiche gelten, wie für die Fraktion.

Da der Reichskanzler die Politik bestimme, würde eine Ablehnung des Panzerkreuzers durch den sozialdemokratischen Reichskanzler das Ausschneiden der SPD aus der Regierung bedeuten. Es gebe aber noch andere Fragen, um derenwillen man noch in der Regierung bleiben müsse.

Vogel fordert dann auf, alle Anträge zur Frage des Panzerkreuzers abzulehnen.

Der „Klassenkampf“ auch verboten!

Halle, 27. Mai. (Eig. Bericht.)

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat den hiesigen kommunistischen „Klassenkampf“, die größte Tageszeitung Mitteldeutschlands auf Grund des § 7 Ziffern 4, 17 und 21 des Republikshauptsatzes auf die Dauer von drei Wochen verboten. Dieses Verbot erfolgte wegen „Herausarbeitung der revolutionären, militärpolitischen Lehren des Berliner Kampfes unter dem Gesichtspunkt der Politik, Organisation und Technik der Bürgerkriege“ als „Vorbereitung zum Bürgerkrieg“.

Er zeigt dann, daß auch zwischen den Sachsen — und zwar zwischen Zwickau-Blauen, und Leipzig-Ostachsen, wobei die Chemnitzer vermittelnd austreten — starke Differenzen vorhanden sind. Bei Abschluß seiner Rede wandte er sich gegen alle Angriffe auf den religiösen Sozialismus und erklärte: „Religion sei Herzenssache!“

Den Kasernenbericht des Parteivorstandes gab Ludwig. Er erwähnte, daß 9 Bezirke der SPD noch Zuschußbezirke seien. Eine Aufstellung, die er verlas, zeigt, daß die SPD allein 46 397 Parlaments- und Kommunalparlamentsvertreter und Bürgermeister besitzt. Nicht eingerechnet in diese Zahl sind die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbureaukratie, die Beamten und sonstigen politischen Staatsfunktionäre, sowie die Parteibureaukratie. Zählt man hinzu allein 7871 Angestellte der SPD, so zeigt sich hier klar die soziale Grundlage der SPD und ihr engstes Verwachsen mit dem kapitalistischen Staatsapparat und allen seinen arbeitserföndlichen Einrichtungen. Bezeichnend war auch Ludwigs Feststellung, daß in den Bezirken für jeden freiwerdenden Sekretär und Redakteurposten schon immer 10 bis 12 Anwärter vorhanden sind. Er beklagt sich darüber, daß deshalb die Vorschläge des Parteivorstandes zur Postenbesetzung von den Bezirken abgelehnt oder überhaupt nicht beantwortet werden. Unter 400 Redaktionen sei nur eine Frau. Ludwig trat dann bei der Behandlung der vorliegenden Organisationsanträge dafür ein, daß über den Berliner Antrag, der 1000 RM Monatsgehalt als Höchstgrenze für sozialdemokratische Staatsbeamte, Abgeordnete und Angestellte festgesetzt haben will, zur Tagesordnung übergegangen wird.

Der erste Tag des Magdeburger Parteitages der SPD hat die rückföndliche Bereitschaft des Parteivorstandes bestätigt, die Koalitionspolitik mit dem Trustkapital fortzuführen, und zeigte in der Diskussion die vollständige Kapitulation der „Linken“ SPD-Führer gegenüber der Koalitionspolitik.

Der Parteivorstandsbericht Vogels hat drei ausgeprägte Stellen: Zunächst die harte Wendung gegen die proletarische Opposition innerhalb der Sozialistischen Jugend, dann das stupide Bekenntnis zur Koalitionspolitik um jeden Preis, und ferner die Erklärung, daß die sozialdemokratischen Minister auch für die zweite Panzerkreuzerrate stimmen würden. Vogel forderte daher konsequent die Ablehnung aller Anträge in der Panzerkreuzerfrage. Der Parteivorstand hat durch den Bericht die Offensive gegen die sogenannten „linken“ SPD-Führer eröffnet und sie einschüchtern lassen.